

Standesangelegenheiten.

Verhandlungen der Berlin-Brandenburgischen Aerztekammer.

Von S. Alexander in Berlin.

Am 28. I. hielt die Aerztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin ihre Jahrestagung ab. Eine Fülle für den Stand im allgemeinen und für die Kollegen des Kammerbezirkes wichtigen Fragen stand zur Erörterung und fand eine würdige, großzügige Bearbeitung. Stellt doch die Berliner Kammer mit ihren 99 Mitgliedern und ebensoviel Stellvertretern, die fast vollzählig erschienen waren, ein ärztliches Parlament dar, das nicht nur an Zahl, sondern auch hinsichtlich der Bewertung der Mitglieder — abgesehen von den Praktikern ist die medizinische Wissenschaft gut vertreten — Bedeutung verdient. Die gedruckt vorliegenden Berichte über die Tätigkeit des Vorstandes und der Kammer-einrichtungen sind an sich schon geeignet, das Interesse der Standes-genossen wachzurufen. Wie ausgiebig die Tätigkeit des Vorstandes sich gestaltete, geht daraus hervor, daß 2006 Ein- und Ausgänge im Berichtsjahre zu bearbeiten waren. Von wichtigen Angelegenheiten seien erwähnt: die Auskunftsstelle. Sie dient dazu, den Kollegen Auskünfte in ärztlich-wirtschaftlichen und Standesfragen zu erteilen, sie wurde von etwa 500 Kollegen benutzt. Für Kohlen-zusatzkarten und Beschaffung von Arztwohnungen wurde der Vorstand vielfach in Anspruch genommen.

In der Frage der preußischen Gebührenordnung hatte der Minister für Volkswohlfahrt das Ersuchen an den Aerztekammer-ausschuß gerichtet, Anregungen über eine neue Fassung ihm zu über-mitteln. Hierauf ist vom Kammerratsausschuß folgende, vom Vorstände der Berliner Kammer verfaßte Eingabe erfolgt:

Auf den Erlaß vom 28. X. I. M. I. 2823 beehrt sich der Aus-schuß der Preußischen Aerztekammern Folgendes zu erwidern: Der Ausschuß der Preußischen Aerztekammern hat zunächst die Frage erörtert, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt der Erlaß einer neuen staatlichen Gebührenordnung nach Ablauf der jetzigen erforderlich oder zu empfehlen sei. Die sprunghafte Steige-rung der Geldentwertung hat innerhalb kurzer Fristen auf allen Gebieten immer wieder zu neuen Festsetzungen der Löhne und Ge-hälter geführt. Die gleiche Notwendigkeit hat sich in der Praxis für die ärztlichen Forderungen zwangsläufig ergeben, obwohl deren Steigerung in keiner Weise der allgemeinen Teuerung gefolgt ist. Eine staatliche Gebührenordnung, die naturgemäß immer für eine gewisse Dauer Geltung haben muß, würde daher bei weiterem Sinken des Geldwertes durch die Entwicklung unter Umständen schon in kurzer Zeit überholt werden, wie es z. B. bei der jetzigen bereits bei ihrem Erscheinen tatsächlich der Fall gewesen ist. Auf der anderen Seite bildet für die freie Praxis die Vereinbarung zwischen Arzt und Kranken die Grundlage für die ärztlichen Forderungen. Im Streitfalle könnte bei Fehlen einer staatlichen Gebührenordnung ein Gutachten berufener Stellen dem Richter die notwendigen Unter-lagen für die Urteilsfindung geben. Für die Honorare der Aerzte aus ihren Beziehungen zu den Krankenkassen und anderen Ver-sicherungsträgern ist die vertragliche Vereinbarung das Maßgebende. Die Erfahrung zeigt, daß auf allen Gebieten am besten und leichtesten auf dem Wege des Tarifvertrages die Anpassung des Entgeltes an die jeweiligen Verhältnisse geregelt werden kann. Das Ministerium erkennt dies selbst dadurch an, daß es vor Erlaß einer neuen Ge-bührenordnung eine Verständigung zwischen Aerzten und Versiche-rungsträgern für wünschenswert hält. Unter diesen Umständen konnte auf eine staatliche Gebührenordnung ohne wesentliche Nachteile überhaupt verzichtet und alles übrige der Vereinbarung zwischen den Beteiligten überlassen werden.

Will man jedoch an dem Grundsatz einer staatlichen Gebührenordnung auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen festhalten, so muß die Möglichkeit der leichten Anpassung an den jeweiligen Geldwert geschaffen werden, indem von Zeit zu Zeit entsprechende Zuschläge zu den Grundbeträgen festgesetzt werden, und zwar auf sämtliche Positionen und sowohl auf die Mindest- wie auf die Höchstsätze.

Da die gegenwärtige Gebührenordnung bereits seit ihrem Erscheinen überholt ist, bitten wir das Ministerium zunächst für den Rest ihrer Geltungsdauer einen Zuschlag von 200% durch Verordnung festsetzen zu wollen. Dies erscheint uns um so notwendiger, als schon in der jetzigen Gebührenordnung die Sätze für die Sonderleistungen, die durch den Schiedsspruch für die Krankenkassen bereits im Sommer 1920 auf 150% Zuschlag zu den Mindestsätzen der früheren Gebührenordnung festgesetzt worden waren, großenteils weit hinter diesen Erhöhungen zurückgeblieben sind. Die gegenwärtigen Mindestsätze decken großenteils nicht oder kaum die Unkosten des Arztes. Der Ausschuß der Preußischen Ärztekammern gestattet sich darauf hinzuweisen, daß auch während des Krieges Erhöhungen von Sätzen der Gebührenordnung im Verordnungswege erfolgt sind.

Bezüglich des Termins für die Einreichung von Vorschlägen bemerkt der Ausschuß, daß innerhalb der gestellten Frist die Einreichung von Vorschlägen, insbesondere im Einvernehmen mit den Versicherungsträgern, unmöglich ist. Bei der Bedeutung der Frage für die Aerzte erscheint es auch notwendig, daß nicht nur der Ärztekammerausschuß und evtl. die Vorstände der einzelnen Ärztekammern, sondern diese selbst Zeit und Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Die gesamte Gebührenordnung bedarf auch einer gründlichen formellen und materiellen Neubearbeitung, die innerhalb so kurzer Zeit nicht geleistet werden kann.

Falls nach dem eingangs Dargelegten an dem Grundsatz einer staatlichen Gebührenordnung nach Ablauf der gegenwärtigen festgehalten werden sollte, so würde es der Ausschuß für das zweckmäßigste halten, die gegenwärtige Gebührenordnung unter Abänderung einzelner besonders unterbewerteter Positionen für eine weitere zu bestimmende Frist, etwa bis 1. X. 1922, mit entsprechenden zeitgemäßen Gesamtzuschlägen in Kraft zu belassen und in der Zwischenzeit die Vorarbeiten für eine neue Gebührenordnung vornehmen zu lassen.

Der Ausschuß gestattet sich jedoch schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die Ärzteschaft unter allen Umständen auf der Beseitigung der Bestimmungen des § 2 bestehen muß, welche von der Ärzteschaft allgemein nicht anerkannt und, ohne infolgedessen praktischen Wert zu besitzen, nur geeignet sind, eine ständige Verärgerung zu schaffen.

Der Ausschuß der Preußischen Ärztekammern.

Der Vorsitzende: Dr. Stöter, Geh. San.-Rat.

Durch gemeinsamen Beschluß des Kammervorstandes und des Vorstandes des Groß-Berliner Aerztebundes wurden die Privathonorare für Berlin erhöht, und zwar für die Beratung, in der Sprechstunde auf nicht unter 20 Mark, für den Besuch im Hause des Kranken auf nicht unter 30 Mark, dementsprechend höhere Sätze für die übrigen Leistungen. (Ueber eine weitere Erhöhung s. u.) Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat das Honorar für ein Gutachten auf 25 Mark erhöht.

Die Frage der Erweiterung der jetzigen Vermittlungsstelle des Geschäftsausschusses der Berliner ärztlichen Standesvereine zu einem ärztlichen Arbeitsnachweis hat den Vorstand wiederholt beschäftigt und zu Verhandlungen mit der Gemeinde Berlin geführt, die noch nicht abgeschlossen sind. Die Behandlung der Kriegshinterbliebenen und Flüchtlinge, für die die Stadt Berlin mit der Kammer einen Vertrag geschlossen hatte, mußte gekündigt werden, weil die Gemeinde die Erhöhung der Honorare nicht zu billigte. (Unter dessen ist eine neue Vereinbarung erfolgt.) Die Reichs- und Staatsbesteuerung der Aerzte war Gegenstand wiederholter Verhandlungen mit den zuständigen Finanzstellen und von Eingaben an den Reichstag.

Recht lehrreich, besonders in Hinblick auf die Anträge der Radikalen an den preußischen Landtag behufs Abschaffung des Gesetzes über die Ehrengerichte, ist der Bericht über die Tätigkeit des Ehrengerichts im Kammerbezirke. Sowohl die Anträge auf Bestrafungen wie diese selbst haben zugenommen. Als Ursachen der Bestrafung seien hier nur genannt: Anpreisen der ärztlichen Tätigkeit in der Tagespresse, Abhaltung von Sprechstunden an verschiedenen Orten, Ausstellung ärztlicher Zeugnisse unter grober Verletzung der Sorgfaltspflicht, Ausstellung unrichtiger Rechnungen gegenüber einer Krankenkasse, geschäftliche Reklame, sittliche Vergehen, Beleidigung von Kollegen, Verkauf der Praxis. Man ersieht hieraus, daß, abgesehen von Vergehen gegen die Standesgepflogenheiten, doch auch eine Reihe gemeinschaftlicher Vergehen zur Behandlung gelangte, daß also auch die Bedeutung des Ehrengerichts für die Allgemeinheit nicht zu unterschätzen ist.

Die Tätigkeit der Berliner Vertragskommission hat sich, nachdem die Regelung der kassenärztlichen Verhältnisse auf den Groß-Berliner Aerztebund und seine wirtschaftliche Abteilung übergegangen ist, auf die Neuordnung der vertraglichen Beziehungen mit Behörden und sozialen Organisationen erstreckt. Gewicht gelegt wurde in allen diesen Fällen, außer der Erfüllung der wirtschaftlichen Bedürfnisse, auf die Gewährung der ideellen Erforder-

nisse des Standes: Einsetzung paritätischer Schiedsinstanzen, Regelung der Dienstordnungen im Sinne der Gleichberechtigung u. dgl. m. So wurden vermittelt Vereinbarungen der Gefängnisärzte, der Aerzte der Sittenpolizei, der Sozialärzte, der Aerzte an Krankenhäusern und Kliniken, insbesondere der Assistenten und Volontäre.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Kassenverwaltung der Kammer, einschließlich ihrer besonderen Einrichtungen, der Unterstützungskasse, der Darlehnskasse und des im losen Zusammenhang stehenden Kuratoriums für Kriegsentschädigung Groß-Berliner Aerzte. Die großen Aufgaben, die der Kammer obliegen, kosten Geld, und die Aufbringung der Mittel ist, trotz möglichster Sparsamkeit, mit bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft. Einnahme und Ausgabe balanzierten im Geschäftsjahre, abgesehen von durchlaufenden Posten, mit 366 520 Mark, und diese sind zum größten Teil durch Beiträge von 5225 Aerzten vereinnahmt worden. Abweichend von der Veranlagung der meisten Ärztekammern, erfolgt seit dem Jahre 1904 die Veranlagung der Aerzte des Kammerbezirkes unter Zugrundelegung der staatlichen preußischen Einkommensteuer. Der Modus war gerecht, denn er belastete einen jeden nach Maßgabe seines Einkommens, und er war durchführbar, da der Kammer die Einsicht in die Steuerlisten gestattet war. Als aber die Einkommensteuerveranlagung auf das Reich überging und bis vor kurzem ins Stocken geriet, war der Weg versperrt, und man mußte sich, unter Zustimmung der Aufsichtsbehörde, mit dem Steuersatz des Jahres 1919 mittels eines angemessenen Zuschlages behelfen. Unter den Ausgaben nimmt, abgesehen von den beträchtlichen Verwaltungskosten, der Beitrag an die Unterstützungskasse mit 110 000 Mark die erste Stelle ein. Die Unterstützungskasse ist das Schoßkind nicht nur der Ärztekammer, sondern aller ärztlichen Vereine und Kollegen des Kammerbezirkes. Sie ist nicht allein von der Kammer reich dotiert, sondern erfreut sich eines reichlichen freiwilligen Zuschusses, der im Geschäftsjahre rund etwa 100 000 Mark beträgt. Dazu kommt noch ein der Ärztekammer übermittelter, für Unterstützungszwecke bestimmter Nachlaß von 120 000 Mark, dessen Zinsen vorläufig noch nicht verfügbar sind. Die Unterstützungskasse besitzt nicht weniger als 10 Sonderstiftungen für verschiedene Wohlfahrtszwecke. Aber trotz der Einnahmen von 291 200 Mark, von denen allerdings ein Teil thesauriert werden mußte, war die Kasse nur in der Lage, unzeitgemäße Unterstützungen zu gewähren. Unterstützt wurden 32 Aerzte, 134 Arztwitwen, 32 andere Hinterbliebene. Verausgabt wurden 143 757 Mark, die höchste Unterstützungssumme betrug für einen Arzt 4050 Mark, für eine Witwe 1650 Mark, für andere Hinterbliebene je 1050 Mark. Dieses Ergebnis ist nicht glänzend, verdient aber die höchste Anerkennung in Anbetracht der Freiwilligkeit der Gaben. Die Kasse ist sich völlig klar darüber, daß das Unterstützungswesen nur einen Nothelfer darstellt und daß das erstrebenswerte Ziel eine Zwangsversicherung ist, die mit Aussicht auf Erfolg vor kurzem von dem Groß-Berliner Aerztebunde für die Kassenärzte eingeleitet worden ist.

Einer besonderen Erwähnung bedarf eine Sammlung von Geldmitteln, die unter der Aegide der Ärztekammer im Kriegsjahr 1915 in Angriff genommen worden ist, um Aerzten Groß-Berlins, die durch den Krieg finanziell geschädigt worden sind, den Wiederaufbau ihrer Praxis zu ermöglichen. An der Sammlung beteiligten sich die Ärztekammer, die Kassenärzte Groß-Berlins, die sich einen Abzug von ihrem Kassenhonorar gefallen ließen, und eine große Zahl Privatärzte. Die Gesamteinnahmen in den Jahren 1915—1921 betrugen 1463 517, die Gesamtausgaben 473 138 Mark; das noch vorhandene Vermögen beziffert sich, unter Einrechnung des Kursverlustes, auf noch 775 301 Mark. Da eine Verwendung des Vermögens zu dem ursprünglichen Zwecke nicht mehr in Aussicht steht, hat das an der Spitze stehende Kuratorium der Kammer vorgeschlagen, die weitere Verwaltung zu übernehmen und die Zinsen des Vermögens dauernd für Wohlfahrtszwecke zugunsten der Berliner Aerzte zu verwenden. Die Kammer hat hierzu ihre Zustimmung erteilt.

Der Voranschlag für das laufende Geschäftsjahr weist eine gewaltige Steigerung aller Ausgaben auf, die mit 631 439 Mark die des Jahres 1921 um 100% übertrifft. Die Beamtengehälter, die nach dem staatlichen Besoldungsplan geregelt sind, die sachlichen Verwaltungskosten und die Erhöhung des Beitrages an die Unterstützungskasse auf 150 000 Mark sind die Hauptquellen der Steigerung. Um die Deckung zu erzielen, mußten die Beiträge der Aerzte des Kammerbezirkes um nahezu 100% erhöht werden, wobei auch diesmal wieder der Steuersatz des Jahres 1919 zur Grundlage diente. Zur Veranlagung werden voraussichtlich 5300 Aerzte herangezogen werden.

Ueber die sonstigen Verhandlungen der Sitzung kann nur in einigen wenigen Strichen berichtet werden. Um die Privathonorare mit dem rapide sinkenden Geldwerte einigermaßen in Einklang zu bringen, beschloß die Kammer die Heraussetzung der Mindestgebühr für die Beratung auf 25 Mark, für den Besuch auf 40 Mark. Die übrigen Gebührensätze erfuhren eine dementsprechende Steigerung. Allgemeine Entrüstung erfuhr die Mitteilung der Kündigung von 13 Schulärzten in einem Bezirke Berlins, die nebenamtlich tätig waren und im Hauptamt anzustellenden fristlos Platz machen sollen. Die Kammer geißelte dieses unsoziale Verfahren in einer geharnischten Resolution. Ueber Steuerfragen, insbesondere die Gewerbe- und Umsatzsteuer, berichtete der anerkannte Sachverständige Kollege Joachim. In einem großangelegten Vortrage be-

leuchtete sodann Herr Ministerialdirektor a. D. Kirchner die durch den Krieg herbeigeführten gesundheitlichen Schäden und gab Fingerzeige für die Beseitigung einiger Mißstände. Besonders beherzigenswert erschien seine Mahnung, die alte, bewährte Einrichtung der Hausärzte neu aufzubauen und damit vorbeugend für die individuelle Gesundheitspflege zu wirken. Zum Schluß erstattete Herr Moll einen eingehenden Bericht über Berufsberatung und Berufseignung. Er betonte die Notwendigkeit der Mitwirkung der Aerzte bei der Ausführung dieses sozialen Gedankens und warnte davor, die Ausführung auf die technische Seite zu beschränken und sie Laien zu überlassen. Allerdings müßten die Aerzte für die einschlägigen Aufgaben vorgebildet sein. Zu diesem Berufe wird das Seminar für soziale Medizin in Berlin im März d. J. einen Lehrzyklus über Arzt und Berufsberatung veranstalten.

In toto eine Fülle von Aussprachen und Anregungen, nutzbringend nicht nur für die Interessen des Standes, sondern auch für die öffentliche Wohlfahrt.